



Hochwasser im Hamburger Hafen (1976)

KATASTROPHEN

Nordsee gleich Mordsee?

Hochrangige Wissenschaftler wollen am 21. Juni in Hamburg klären, ob Deutschland ein verbessertes Tsunami-Warnsystem für die Nordsee braucht. Die Konferenz geht auf eine Gesprächsrunde im Berliner Kanzleramt zurück, bei der mehrere Bundesminister und der Leiter des Kieler Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften im Januar den Aufbau eines Warnsystems für Südostasien erörtert hatten. Damals stellte die Runde auch fest, dass es noch zu wenige Erkenntnisse über eine mögliche Bedrohung der deutschen Küsten

durch Monsterwellen gibt. Wissenschaftler mehrerer Institute sollten daher berechnen, wie gefährlich Tsunamis an der Nordseeküste wären, etwa nach dem Abrutschen großer Geröllmassen wie vor 8000 Jahren vor der norwegischen Küste. Erste Modellversuche zeigen nun, dass sich eine Flutwelle in der Nordsee erheblich langsamer ausbreiten würde als im Indischen Ozean. Die Vorwarnzeiten betrügen zwischen viereinhalb und sechseinhalb Stunden. Die Höhe der Welle läge vermutlich unter einem Meter. Dennoch könnte es zu erheblichen Überschwemmungen kommen, wenn ähnlich ungünstige Umstände zusammenträfen wie etwa 1976 bei einer Sturmflut in Hamburg. Die Wissenschaftler wollen nun überprüfen, ob die bisherigen Warnsysteme ausreichen.

AFFÄREN

Technik und Taktik

Thüringens Justiz lässt ein für die Landesregierung peinliches Verfahren am Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hängen – und verzögert damit gleichzeitig Forderungen der Europäischen Union nach Rückerstattung

von 218 Millionen Euro Fördermitteln. Am BGH will der einstige Vorzeigeunternehmer Reiner Pilz gegen die Verurteilung wegen Betrugs in Revision gehen, die im Zusammenhang mit dem Bau seiner auch mit EU-Mitteln subventionierten CD-Fabrik in Südthüringen steht. Der Landesregierung war wiederholt vorgeworfen worden, sie habe das Pleite-Projekt nicht gründlich genug geprüft und Warnungen in den Wind geschlagen. Ein Jahr nach dem Urteil gegen Pilz liegen nun die umfangreichen Verfahrensakten für die Revision immer noch bei der thüringischen Generalstaatsanwaltschaft. Ein Sprecher der Behörde erklärt den ungewöhnlichen Vorgang mit Personalwechsel und „technischen Dingen“. Dem Freistaat kommt die Verzögerung gelegen, denn Luxemburger Richter wollen erst nach der BGH-Revision über die EU-Forderung entscheiden.



Pilz (auf dem Weg ins Gericht, 2000)

UNIVERSITÄTEN

Semester beginnt früher

Die Mannheimer Universität will vom Jahr 2006 an den Semesterbeginn für alle Fächer um gut sechs Wochen vorziehen. So soll das Sommersemester statt wie bisher ab Mitte April bereits Anfang März starten, das Wintersemester Anfang September statt Mitte Oktober. Mit der in Deutschland



Universität Mannheim

einmaligen Regelung wolle die Universität „den internationalen Austausch von Studenten und Professoren in beide Richtungen erleichtern“, argumentiert Prorektor Martin Schader. Den 11 500 Mannheimer Studenten werde es so ermöglicht, nahtlos in ein Auslandsstudium einzusteigen. Bislang scheiterten Verträge über den Austausch von Studenten häufig daran, dass der Semesterbeginn in Deutschland nicht mit dem der ausländischen Universitäten übereinstimmte.

Nachgefragt

Luftige Spende

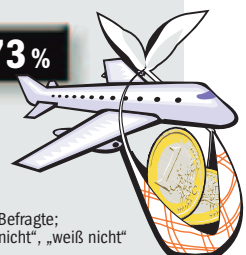
„Um die Ausgaben für Entwicklungshilfe steigern zu können, erwägen die EU-Finanzminister eine freiwillige Abgabe von einem bis zwei Euro auf Flugscheine. Wären Sie bereit, eine solche Abgabe zu entrichten?“

JA

73%

NEIN

22%



TNS Infratest für den SPIEGEL vom 17. bis 19. Mai; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent „fliege nicht“, „weiss nicht“